

## Die Linke im neuen Jahrhundert: Der Kampf geht weiter

Dies war das Motto des diesjährigen *Foro de Sao Paolo*, das vom 19. - 21. Februar in Masaya, Nicaragua zum neunten Mal stattgefunden hat. 1990 von der brasilianischen *Partei der Arbeit* (PT) zum ersten Mal einberufen, ist das *Foro de Sao Paolo* im Laufe der Jahre zu einem wichtigen Ort der Diskussion und des Austausches der lateinamerikanischen Linken geworden. Für Guatemala haben VertreterInnen der ehemaligen Guerillaorganisation und heutigen Partei URNG sowie VertreterInnen der *Allianz Neue Nation* (ANN) teilgenommen. Wir veröffentlichen im folgenden Ausschnitte aus der Schlussresolution des diesjährigen *Foro de Sao Paolo*.

### Deklaration von Niquinohomo

"Zu Beginn des 21. Jahrhunderts und ein Jahrzehnt nach der Gründung des *Foro de Sao Paolo* hat die Verschärfung der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Krise die Gründe wieder aufleben lassen, die uns 1990 zur Einberufung des *Treffens der linken Parteien und Organisationen Zentralamerikas und der Karibik* motiviert haben. Die GründerInnen des *Foro* haben sich damals zusammengefunden, um über die Auswirkungen der Beendigung des Kalten Krieges auf den Kampf der linken Parteien und Bewegungen in Lateinamerika und der Karibik zu diskutieren.

Das *Foro de Sao Paolo* hat es zum ersten Mal in der Geschichte Lateinamerikas geschafft, die verschiedenen Parteien und Bewegungen des linken Spektrums mit ihren unterschiedlichen Formen des Kampfes zusammenzubringen. Wir mussten feststellen, dass die Probleme der lateinamerikanischen Völker mit dem Ende des Kalten Krieges nicht gelöst waren, sondern dass diese sich erst mit der Eliminierung der Unterdrückung, dem Ende von Ausbeutung und Rassismus lösen können. Trotz ihrer Verschiedenheit und Vielfalt sind sich die linken Parteien und politischen Bewegungen, die Mitglieder des *Foro de Sao Paolo* einig im Kampf gegen den Imperialismus, der in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in Form des neoliberalen Kapitalismus zum Ausdruck gekommen ist.

Die zehn Jahre seit der Gründung des *Foro de Sao Paolo* haben uns in unseren ursprünglichen Ideen bestätigt. Ebenso wie im Juli 1990 sind wir auch heute noch davon überzeugt, dass der Neoliberalismus mit seinen sogenannten Strukturanpassungsprogrammen keine Entwicklung ist, die jemals sämtlichen BewohnerInnen dieses Planeten Reichtum beschere kann.

Speziell das letzte Jahrzehnt hat die Beschränktheit des neoliberalen Modells gezeigt und seine Unfähigkeit bewiesen, die Probleme der Menschheit zu lösen. Das Scheitern der Seattle-Runde im Dezember 1999 ist der symbolische Ausdruck der Kraft des internationalen, antineoliberalen Widerstandes.

Die neoliberale Doktrin dient einzig den politischen und ökonomischen Interessen derjenigen, die bereit sind, die Mehrheit der Bevölkerung zu opfern und auszurotten, um im teuflischen

und schwindelerregenden Rennen um die Akkumulation des Reichtums konkurrieren zu können.

Die Weltwirtschaft ist in eine ausbeuterische Phase getreten. Schlüsselbegriffe, um die zeitgenössische Welt zu beschreiben sind 'Konzentration', 'Polarisierung' und 'Neokolonialismus': Konzentration des Reichtums, des Eigentums und der Produktion. Politische, ökonomische und soziale Polarisierung, mit den Folgeerscheinungen Armut und Marginalisierung.

Diese Polarisierung und Ungleichheit drückt sich aus in immer weniger Menschen, die immer mehr konsumieren, in der Konzentration des Reichtums auf ein paar wenige Familien, in den Millionen von Menschen, die keinen Zugang zu Arbeit, Gesundheitsversorgung, einer würdevollen Behausung, Bildung und Nahrung haben; Grundrechte, die die Menschheit von Generation zu Generation weitergeben und entwickelt hat.

Dazu kommen die Auswirkungen der militärischen Aggressionen Nordamerikas, welche die internationalen Rechte der Nachkriegszeit verletzen. Ausdruck davon ist der Völkermord am jugoslawischen Volk unter dem Deckmantel der UNO und durch eine zu diesen Zwecken reformierte NATO.

Die einzige Möglichkeit, die Menschheit vor ihrer Selbstzerstörung zu bewahren, ist, auf die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse als Basis einer zukünftigen Gesellschaft zu setzen und nicht, wie bis jetzt, auf den Gewinn und die persönliche Bereicherung.

Um die Probleme der Gesellschaft zu lösen, muss man gegen die Klassenwidersprüche kämpfen, die eng mit den verschiedenen Formen von Unterdrückung, Diskriminierung und Ausbeutung gekoppelt sind: Unterdrückung der Frauen, der Ethnien, der Rassen, der Kulturen, der Religionen, der Generationen etc.

Die Völker der Erde werden ihre Freiheit und ihre Selbstbestimmung nicht erlangen, solange es noch irgendeine Form von Kolonialismus oder Neokolonialismus gibt, wie es nach wie vor der Fall ist in Puerto Rico, Martinique, Französisch Guayana, in den Holländischen Antillen oder auf den Malvinen.

Die Linke des 21. Jahrhunderts kann auf ihre Erfahrungen zurückgreifen, die sie in der Erarbeitung von Alter-

nativen gewonnen hat. Alternativen, die von einer konkreten Realität ausgehen und eine Veränderung anstreben. Sie ist geübt im Erkämpfen von Freiräumen und Einflussnahme. Sie ist sich der Notwendigkeit struktureller Änderungen bewusst, um die Zerstörung unseres Planeten aufzuhalten und rückgängig zu machen und um die internationale Spekulation zu bekämpfen. Der Reichtum muss gerecht verteilt werden, die Erarbeitung von Finanzplänen muss demokratisch sein und sozialisiert werden. Der Aufbau eines neuen Staates bedingt die Beteiligung der Zivilgesellschaft, die politische und wirtschaftliche Dezentralisierung. Eine integrale Demokratie beinhaltet Gleichheit auf politischer, sozialer, kultureller und geschlechtlicher Ebene.

Ein Beispiel einer solchen Alternative sind die Friedensabkommen in Guatemala. Auch wenn sie in fundamentalen Punkten noch nicht umgesetzt wurden, zielen sie in eine entgegengesetzte Richtung zur neoliberalen Politik. Diese Abkommen haben es neuen sozialen Kräften möglich gemacht, auf der Bildfläche zu erscheinen. Schon bestehen

de politische Kräfte wurden gestärkt und konnten sich weiterentwickeln, wie z.B. die URNG und die *Allianz Neue Nation* (ANN), welche durchaus Chancen hat, bei zukünftigen Wahlen an die Macht zu kommen. Weitere Beispiele von Ländern, in denen wichtige Prozesse stattfinden sind Ecuador, Venezuela, Panamá, El Salvador und Kolumbien.

Nicht zu vergessen ist das Engagement der Indigenen Völker, die dem neoliberalen Angriff zu widerstehen. Mit ihren Rebellionen und Mobilisierungen tragen sie dazu bei, die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen aufzuzeigen. Änderungen die nötig sind, um die Biodiversität und das Ökosystem zu bewahren. Ebenso setzten sie sich für die Bewahrung ethnischer Vielfalt ein, dafür, dass ihre Identität anerkannt wird und für ihr Recht auf Selbstbestimmung.

Die Herausforderung ist enorm für die lateinamerikanische Linke und wir werden ihr nur gerecht, wenn wir aus der Einheit und dem Zusammenschluss unsere wichtigsten Kampfinstrumente machen.

Die Vielfalt und Verschiedenheit der Linken ist ein demokratisches Kapi-

tal, das wir uns aneignen und bewahren müssen. Darin und in der Tolerierung dieser Unterschiede liegt die Grundlage unserer Einheit und unserer Kräfte für eine Veränderung. Eine Einheit, die in den einzelnen Ländern geschmiedet werden, aber auch über die Landesgrenzen hinausgehen muss, um ein gemeinsames Projekt zu entwickeln, das einen integralen und solidarischen Charakter hat.

Zehn Jahre nach der Gründung des *Foro de San Paolo*, bestätigt die lateinamerikanische Linke diese demokratischen und widerständischen Traditionen, die ein Beispiel für unsere Völker waren.

Um Zusammenkünften wie dieser, die in Masaya, Nicaragua zu Ende geht, eine Kontinuität zu geben, wird das nächste Treffen im April des Jahres 2001 auf guatemaltekischem Territorium stattfinden."

## Für reale Gleichstellung in Familie, Gesellschaft und Politik

Unter Teilnahme von 94 Vertreterinnen und drei Vertretern verschiedener politischer Parteien und Bewegungen sowie der Presse hat am *IX Foro de Sao Paolo* ein Workshop stattgefunden mit dem Titel 'Die Beteiligung der Frauen in den linken Parteien'. Am Schluss des Workshops wurde folgende Resolution verabschiedet:

"Die neoliberale Globalisierung ist ein multilaterales und umfassendes Phänomen, das ausser auf die Wirtschaft, die Politik, die Ideologie und die Kultur auch Auswirkungen auf die Menschen und ihre Wahrnehmung hat. Eine Wahrnehmung, durchdrungen von einer von den Mächtigen diktierten und von den monopolisierten Massenmedien verbreiteten Kultur.

Lateinamerika und die Karibik haben die harten Auswirkungen dieser Doktrin zu spüren bekommen, die sich als Heilmittel aller Probleme der Menschheit verkaufen will. Das Aufzwingen dieses Modells und die daraus resultierenden Strukturanpassungen hat die Situation der Armen in unseren Ländern verschärft. Am meisten von dieser Armut sind die schwächsten der Gesellschaft betroffen, unter ihnen die Frauen, welche auch weltweit den grössten Anteil von Armen ausmachen.

Obwohl in den letzten Jahrzehnten die Beteiligung der Frauen in den verschiedenen Bereichen des sozialen Lebens zugenommen hat, existiert nach wie vor eine Geschlechterdiskriminierung sowohl im Politischen wie auch im Privaten. Trotz der Verschiedenheiten der Länder Lateinamerikas und der Karibik haben in allen Ländern das kapitalistische patriarchale System und die traditionellen soziokulturellen Muster die Diskriminierung und die Gewalt gegen Frauen in der Familie und der Gesellschaft geprägt.

Die linken Parteien haben auf verschiedene Weise versucht, die Beteiligung der Frauen zu fördern. Diese Bemühungen genügen bei weitem nicht und wurden oft nicht einmal in den entsprechenden Parteien umgesetzt. Oft existieren sie einzig auf dem Papier und bedürfen des unermüdeten Kampfes der Frauen und spezifischer Mechanismen, um umgesetzt zu werden.

Als vorübergehende Lösung schlagen wir die Einführung von Frauenquoten vor, während gleichzeitig an der Eliminierung der bestehenden Ungerechtigkeiten gearbeitet werden muss. Wir sind uns bewusst, dass diese Massnahme nicht genügt. Es ist dringend nötig, dass umfassende Mechanismen

der internen Demokratisierung geschaffen werden, die den Frauen einen progressiven Zugang zu den Entscheidungsposten garantieren."

### ¡Fijáte!

**Herausgeber:**  
**Verein ¡Fijáte!**  
**2502 Biel**  
**PC: 30-516068-6**  
**Redaktion und Abos:**  
**¡Fijáte!**  
**c/o Barbara Müller**  
**Birmensdorferstr. 116**  
**8003 Zürich**  
**Tel. 01/ 462 98 75**  
**E-Mail:**  
**barbara-m@bluewin.ch**  
**Jahresabo: 100.- Fr.**  
**Auslandabo: 120.- Fr.**  
**Förderabo: ab 200.- Fr.**

**Erscheinungsweise vierzehn**  
**täglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe**  
**erwünscht.**

## Fernsehfrequenzen werden versteigert

**Guatemala, 23. Februar.** Die Absetzung des Nachrichtenmagazins *T-mas de Noche* durch den mexikanischen Besitzer des *Canal 13*, Angel Gonzáles, hat in Guatemala eine hitzige Diskussion über das Medienmonopol ausgelöst (siehe *fijate* Nr. 204). Grundsätzlich ist man sich darüber einig, dass die Meinungsfreiheit ein Menschenrecht ist und dass die Medienlandschaft möglichst breit sein soll. Ebenfalls ist man sich einig darüber, dass die Medien in guatemalteutschen Händen sein sollten und nicht, wie das beim *Canal 13* der Fall ist, in ausländischen.

Im Friedensabkommen über die Identität und die Rechte der Indigenen Völker heisst es, den Indigenen Gemeinden soll der Zugang zu den Medien gewährleistet werden, insbesondere zu Radio- und Fernsehfrequenzen. 1997 (nach der Unterzeichnung dieses Abkommens) wurde aber das neue Telekommunikationsgesetz gutgeheissen, in dem festgelegt ist, dass Radio- und Fernsehfrequenzen an die jeweils Meistbietenden verkauft werden. Dieses Gesetz verstösst gegen das Friedensabkommen, da es den finanziell eher schlecht gestellten Indigenagemeinden und -projekten jegliche Möglichkeit verbaut, eine regional oder national abdeckende Frequenz zu erstehen. Im besten Fall reicht es ihnen für den Kauf einer lokalen Frequenz.

Am 23. Februar hat nun das Mini-

sterium für Kommunikation fünf wichtige Frequenzen versteigert. Eine davon, den *Canal 38*, hat die *Guatemala Televisión S.A.*, deren Besitzer Angel Gonzáles ist, für 436'000 Quetzales (rund 60'000 US-\$) gekauft. Damit ist er Besitzer von vier nationalen und 32 regionalen Fernsehfrequenzen.

Eine weitere Frequenz ging an die *Christliche Vereinigung Guatemalas*, eine an die Evangelische Kirche *El Shaddai*, eine weitere an den Unternehmer Héctor Ponciano Valladares, der ein Fern-Unterrichtsprogramm einrichten will, und die letzte, eine lokale Frequenz, an einen Unternehmer aus San Marcos.

Carlos Andrade von der *Vereinigung der gemeinschaftlichen Medienschaffenden Guatemalas* (ACCG) kritisierte die Versteigerung der Fernsehfrequenzen. Damit würde die Monopolisierung der Medien verstärkt. Einmal mehr hätten nur die Reichen Zugang zu den Medien und die Stimme der Armen werde nicht gehört, meinte Andrade. Ausserdem würden diese Versteigerungen gegen die Verfassung verstossen.

Unterdessen ist auch der Widerspruch verständlicher geworden, weshalb die eingangs erwähnten grossen Reden gegen das Medienmonopol geschwungen wurden und gleichzeitig dem mexikanischen Medienczar Gonzáles eine weitere Fernsehfrequenz verkauft wurde: In den Monaten Juni bis November 1999, d.h. während der Wahlkampa-

gne, haben die guatemalteutschen Fernsehsender, allen voran diejenigen von Angel Gonzáles, rund 73 Millionen Quetzales (ca. 9 Millionen US-\$) in Form von Wahlspots gesponsert. Und zwar clevererweise nicht nur einer Partei, sondern allen. Von der *Partei des Nationalen Fortschritts*, PAN, welche Wahlpropaganda im Wert von 21 Millionen Quetzales 'geschenkt' bekam, über das linke Bündnis *Allianz Neue Nation*, ANN, (4,4 Millionen Quetzales) bis zur *Republikanischen Front Guatemalas*, FRG, der rund 19 Millionen Quetzales an Wahlspots gesponsert wurde. Die FRG war ausserdem Thema Nummer eins in der Nachrichtensendung *Noti 7*.

Harris Withbeck, Finanzverantwortlicher der PAN, bezeichnete das Sponsoring der Fernsehkanäle als wichtigen Beitrag zum Wahlprozess. Die PAN selber habe nicht einen 'centavo' für Propaganda im Fernsehen ausgegeben.

Um dieses Thema ein für alle mal zu regeln, schlug Kongresspräsident Efraín Ríos Montt vor, im neuen Wahlgesetz die Sendezeit, die jedem Kandidaten zugesprochen wird, festzulegen. Die Medien, Radio, Presse und Fernsehen, spielten eine wichtige Rolle in einem Wahlkampf, deshalb müssten alle KandidatInnen den gleichen Zugang dazu haben, begründete Ríos Montt seinen Vorstoss. Die seit 1998 vorliegende Gesetzesinitiative enthält jedoch keinen Punkt zu diesem Thema.

## Grenzstreit zwischen Guatemala und Belize vor interamerikanischem Gerichtshof

**Guatemala, 24. Februar.** Als lächerlich und überholt bezeichnete der belizische Premierminister, Said Musa, die Forderung Guatemalas nach der Rückgabe von rund 12'000 km<sup>2</sup> belizischem Territorium, um somit einem jahrhundertalten Grenzstreit ein Ende zu bereiten. "Wir sind im Moment nicht bereit, einen Teil unseres Landes herzugeben", meinte Musa gegenüber dem guatemalteutschen Fernsehen.

Die Geschichte ist eine alte: Die ehemalige britische Kolonie erhielt 1981 die Unabhängigkeit und wurde von den Vereinten Nationen, der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und der Mehrheit der Staaten als souveräner Staat Belize anerkannt. Während der Regierung Serrano Elías anerkannte auch Guatemala die Unabhängigkeit Belizes und begann, diplomatische Beziehungen zum Nachbarland aufzubauen, hielt

jedoch seine territorialen Ansprüche aufrecht, je nach Regierung mehr oder weniger konsequent.

Der Grenzstreit gewann erneut an Aktualität, als am 24. Januar dieses Jahres eine belizische Militärpatrouille einen guatemalteutschen Bauern erschoss, in einem Gebiet, das Guatemala für sich beansprucht. Die Version Belizes ist, dass der Bauer auf belizischem Territorium gestorben ist und zwar bei einer Auseinandersetzung zwischen dem Militär und Drogenhändlern.

Die Regierung Portillos folgt der von Ex-Präsident Arzú eingeschlagenen Politik und verlangt die Rückgabe von 12'000 km<sup>2</sup>.

Am 26. Februar sollte ein Treffen der Regierungschefs der beiden Länder in Miami stattfinden, bei dem die Streitigkeiten auf diplomatischem Weg hätten beseitigt werden sollten. Guatemala

drohte schon vor dem Treffen damit, den Fall vor den interamerikanischen Gerichtshof zu bringen, falls es zu keiner Einigung komme. Eine Einigung wird jedoch grundsätzlich schwer zu erzielen sein, da beide Staaten auf ihre Verfassungen pochen, in denen ihr jeweiliger Anspruch auf das Gebiet verankert ist.

Doch das Treffen fand erst gar nicht statt. Einen Tag zuvor wurde eine belizische Militärpatrouille verhaftet, die sich angeblich auf guatemalteutschem Gebiet aufhielt und die Bevölkerung belästigte. Diesen Vorfall benutzte die belizische Delegation, um das Treffen platzen zu lassen.

Salvador Figueroa, belizischer Botschafter in Mexiko, bezeichnete die Verhaftung der Militärs als Entführung. Ein eventuelles nächstes Treffen machte er von der sofortigen Freilassung der Verhafteten abhängig.

## Initiative über ein Finanzabkommen vorgelegt

**Guatemala, 23. Februar.** Mit der Idee, dass im April eine neue Finanzpolitik eingeführt werden kann, legte die *Begleitkommission der Friedensabkommen* die Initiative 'Für ein Finanzabkommen in Guatemala' zur Diskussion vor, die eine gerechtere Besteuerung fordert.

Die Initiative ist das Resultat der Arbeit einer speziell zu diesem Thema gebildeten Kommission, die seit März 1999 arbeitet. Jetzt wurde sie Alfonso Portillo und der Öffentlichkeit überreicht. Bis zum 15. März sollen die an der Diskussion teilnehmenden Sektoren die Initiative studiert haben und Änderungsvorschläge unterbreiten. Die Einladung erfolgte an die gesamte Zivilgesellschaft.

In einer Einführung zog Gert Rosenthal eine Bilanz der öffentlichen Finanzen im Vergleich zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes. Er kommt zum Schluss, dass die Besteuerung in Guatemala extrem niedrig ist und sich in den letzten dreissig Jahren nicht verändert hat. Während dieser Zeit habe Guatemala versucht, sich der neuen Weltordnung anzupassen, doch das einzige, was erreicht werden konnte, sei eine 'Politik der Feuerwehrrübungen', meinte

Rosenthal. Niemand sei daran interessiert, Steuern zu bezahlen und in Guatemala existiere eine tief verwurzelte Anti-Steuer-Kultur, die sogar in der Verfassung verankert sei.

Richard Aitkenhead, Mitglied der Kommission, die die Initiative ausgearbeitet hat, stellte fest, dass eine Vereinfachung des Steuersystems und die Verfolgung von Steuerhinterziehung unabdingbar seien. Es dürfe keine Steueramnestie gewährt werden und der Staat müsse eine Stelle schaffen, welche die Steuerflucht verfolge.

Arnoldo Noriega sprach im Namen der Begleitkommission und meinte, die Ausarbeitung eines Finanzabkommens finde in einem gänzlich neuen Rahmen statt, basierend auf den Friedensabkommen. Es müsse dringend eine Entwicklungspolitik für das Land definiert werden, doch zu deren Umsetzung seien finanzielle Mittel nötig. Ebenso müsse eine gewissenhafte Administration der öffentlichen Ausgaben garantiert sein.

Bei der Entgegennahme der Initiative anerkannte Portillo die Wichtigkeit einer Steuerreform. Dies sei die Grundlage für sämtliche Veränderungen im Land. Ausserdem gab er zu, dass der

guatemalteckische Staat sehr schwach sei und dass eine Demokratie nur möglich sei, wenn ein Finanzabkommen erreicht werden könne.

In einer ersten Stellungnahme schreibt die Koordination *¡Sí por la Paz!*, in der 48 Organisationen aus der Zivilgesellschaft vereint sind, ein Finanzabkommen dürfe nicht nur auf ökonomischen Kriterien basieren, sondern müsse auch einen humanitären Aspekt haben.

Ähnlich äusserte sich die *Vereinigung für eine integrale Entwicklung* (ADI): Ziel des Abkommens müssen soziale Gerechtigkeit und die Verbesserung der finanziellen Situation der Familien sein. Ganz klar spricht sich die ADI gegen die vom Internationalen Währungsfond vorgeschlagene Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 15% aus.

Jorge Briz, ehemaliger Präsident der Handelskammer und Mitglied der staatlichen Finanzkommission wiederum rechnete vor, dass allein das korrekte Eintreiben einer 10%-igen Mehrwertsteuer mehr einbringen würde, als heute aus sämtlichen Steuern zusammenkomme. Im Moment würden höchstens 40% der Mehrwertsteuer bezahlt, meinte Briz.

## Definitives Aus für Kinderschutzgesetz

**Guatemala, 19. Februar.** In Rekordzeit hat der Kongress die Einführung des Kinderschutzgesetzes auf unbestimmte Zeit verschoben. Die FRG liess die Argumente der ANN unbeachtet und nutzte ihre Abgeordnetenmehrheit, um mit 61 Stimmen die Suspendierung des Gesetzes durchzubringen. Die Abgeordneten der PAN verliessen den Kongress, um so ihrer Unzufriedenheit über die Suspendierung Ausdruck zu geben.

Die vorgelegte Version des Gesetzes wurde im Konsens mit Kinderschutzorganisationen und der Kirche erarbei-

tet und hätte im März in Kraft treten sollen. Nachdem bereits 1996 die Einführung eines Kinderschutzgesetzes beschlossen wurde, verschob der Kongress sein Inkrafttreten nun zum vierten Mal (siehe Fijáte 204).

Verschiedene Kinderschutzorganisationen kritisierten den Entscheid des Kongresses. Es seien einerseits die konservativen Kreise, die aus moralischen und religiösen Gründen gegen das Gesetz seien und andererseits diejenigen, deren persönlichen (internationaler Kinderhandel) und unternehmerischen (Er-

ziehungssystem) Interessen davon tangiert würden.

In FRG-nahen Kreisen ist man zufrieden über den Entscheid des Kongresses und propagiert die Einführung eines Familieninstitutes, dessen Kompetenzen niemals soweit gehen, wie es das Kinderschutzgesetz ermöglicht hätte.

Die Kinderschutzorganisationen verkündeten, sie würden sich weiterhin für das Inkrafttreten des Gesetzes stark machen und auf die Einhaltung der Internationalen Kinderkonvention pochen, die Guatemala 1990 unterzeichnet hat.

## Rekurs Cándido Noriega's abgelehnt

**Guatemala, 16. Februar.** Das Appellationsgericht von Antigua Guatemala hat den Rekurs von Cándido Noriega's Anwältin, Florida Alma Aguilar, abgelehnt und die am 12. November ausgesprochene Strafe von 220 Jahren Gefängnis bestätigt. Noriega wurde für insgesamt 155 Verbrechen verurteilt, darunter mehrere Morde, Entführungen und Vergewaltigungen, die er 1982 im Zusammenhang mit dem Massaker in Tzululché, Quiché, begangen hatte. Vor seiner Verurteilung

wurde Noriega zweimal freigesprochen.

Miguel Angel Albizures von der *Vereinigung Familienangehöriger von Verschwundenen* (FAMDEGUA) bezeichnete die Bestätigung des Urteils als guten Anfang für eine gerechte Gerichtspraxis in Guatemala und hofft, dass sich weitere RichterInnen in Zukunft trauen, Urteile gegen Kriegsverbrecher zu fällen. Albizures hofft, dass bald auch die Fälle des Journalisten Jorge Carpio und der Anthropologin Myrna Mack sowie

das Massaker von Dos Erres, Peten, aufgeklärt werden können.

Auch William Cajas vom *Zusammenschluss der Ordensleute Guatemalas* (CONFREGUA), welcher die Klägerseite vertrat, äusserte sich positiv über die Ablehnung des Rekurses. Es sei für die Opfer eine grosse Genugtuung zu spüren, dass nach all den Jahren vergeblichen Bemühens ihre Zeugenaussagen doch erhört worden seien und Gerechtigkeit gewaltet habe.

## Tag der Opfer des bewaffneten Konfliktes

**Guatemala, 26. Februar.** In der *Instanz für Frieden und Einklang* zusammengeschlossene Organisationen von Familienangehörigen von während dem Krieg verschwundenen Personen, haben den 25. Februar zum 'Tag der Opfer des bewaffneten Konfliktes' ausgerufen. Vor genau einem Jahr hat die Wahrheitskommission (CEH) ihren Bericht *Guatemala- Memoria del Silencio* (Guatemala-Erinnerung des Schweigens) vorgelegt, das Ergebnis ihrer Untersuchung über die Menschenrechtsverletzungen während des Krieges.

Die Feierlichkeiten zu dem Jahrestag begangen im *Parque Morazán*, wo der erste Stein für ein Denkmal zu Ehren der Gefallenen gesetzt wurde. Diese Zeremonie wurde von der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú und dem PAN-Bürgermeister der Hauptstadt, Fritz García-Gallont, geleitet.

Danach führte ein Demonstrationzug am Kongress vorbei auf die *Plaza de la Constitución*. Bei der Niederlegung eines Blumenkranzes skandierten eine Gruppe StudentInnen "zuerst Pinochet, jetzt Ríos Montt!" Damit bezogen sie sich auf die Klage, die Rigoberta Menchú beim spanischen Obersten Gerichtshof gegen Ríos Montt eingereicht hatte. Vor einigen Tagen wurde bekannt, dass das Gericht die Klage angenommen hat.

Vor dem Kongressgebäude wurde das von den Abgeordneten am letzten Donnerstag verabschiedete Dekret vorgelesen, das den 25. Februar zum 'Nationalen Tag der Opfer der Gewalt' erklärte. In diesem Beschluss werden die zuständigen staatlichen Stellen dazu aufgefor-

dert, die sie betreffenden Empfehlungen der CEH umzusetzen. Das Dekret wurde von den Abgeordneten der ANN vorgeschlagen. Die Regierungspartei FRG sprach sich zuerst dagegen aus mit der Begründung, dass damit alte Wunden aufgerissen würden.

Sowohl im *Parque Morazán* wie auf der *Plaza de la Constitución* wurden die Fotos von im Krieg Verschwundenen Personen aufgestellt.

In der *Instanz für Frieden und Einklang* sind verschiedene Institutionen und Sektoren vertreten, z.B. das staatliche Menschenrechtsbüro, die *Witwenvereinigung* CONAVIGUA, die *Nationale Koordination der BäuerInnenorganisationen* CNOC, die *Defensoría Maya*, die *StudentInnenvereinigung* AEU und andere. Sie ist jedoch nicht zu verwechseln mit der *Stiftung für Frieden und Einklang*, deren Aufgabe die Umsetzung der von der guatemalteki-schen Wahrheitskommission (CEH) erarbeiteten, an die Regierung gerichteten Vorschläge zur Versöhnung und Friedenssicherung wäre. Bisher konnte sich jedoch der Kongress noch nicht durchringen, diese Instanz zu officialisieren.

Bereits knappe zwei Monate nach seiner Amtseinsetzung zeichne sich der mangelnde politische Wille Portillos bei der Umsetzung der CEH-Empfehlungen ab, erklärte Ramón Cardeno vom Komitee des Internationalen Roten Kreuzes an einer Diskussionsveranstaltung. Er hoffe, dass das von Portillo versprochene Regierbarkeitsabkommen ein brauchbares Instrument ist für die Umsetzung der Empfehlungen.

In einem Interview mit der Tages-

zeitung *El Periódico* beklagte Alfredo Balsells Tojo, ehemaliges Mitglied der Wahrheitskommission, den mangelnden politischen Willen sowohl der abgetretenen Regierung Arzú wie auch der neuen Regierung Portillos bei der Umsetzung der Empfehlungen der CEH. Dazu gehörten einerseits die Widerstände bei der Einsetzung der bereits erwähnten *Stiftung für Frieden und Einklang*.

Ebenso würde die Arbeit der forensischen MedizinerInnen zu wenig unterstützt. Etwas vom Wichtigsten auf dem Weg zur Versöhnung seien die Exhumierungen, meinte Balsells. Die Leute hätten ein Recht darauf zu wissen, was mit den Verschwundenen passiert sei, ob sie noch lebten, bzw. wo und wie sie gestorben seien.

In diesem Zusammenhang kritisierte Balsells auch das Militär. Die Militärführung wisse genau, wo die klandestinen Friedhöfe seien, verweigerten jedoch ihre Mithilfe bei den Exhumierungen. Das Verhalten des Militärs habe sich seit der Veröffentlichung des Berichtes in keiner Weise verändert. Es seien nicht einmal die in Menschenrechtsverletzungen involvierten Militärs abgesetzt worden, im Gegenteil, ein Teil von ihnen sitze heute in der Regierung.

Das ehemalige Mitglied der Wahrheitskommission wies auf die Wichtigkeit des Druckes hin, den die Zivilgesellschaft auf die Regierung ausüben muss, um die Umsetzungen der Empfehlungen zu erreichen. Ein solcher Bericht allein reiche nicht aus, um eine Versöhnung herbeizuführen. Eine wahrhafte Versöhnung könne nur erreicht werden, wenn die ganze Wahrheit bekannt würde und die Leute ihre Toten endlich würdevoll begraben könnten, meinte Balsells abschliessend.

Auch in anderen Teilen des Landes wurde der 25. Februar feierlich begangen: Rund 28 Organisationen des Departements Retalhuleu organisierten anlässlich dieses Jahrestages und in Erinnerung an die Opfer des Krieges einen Gedenkmarsch. Es sei wichtig für die Bevölkerung, die Namen der Gefallenen zu kennen und ihre Andenken zu bewahren, meinten die OrganisatorInnen der Kundgebung. Dank ihrem Kampf würden die Menschen heute in grösserer Freiheit leben und hätten die Möglichkeit, ihre Rechte einzufordern.

Es wird wohl noch einige Jahre dauern, bis die 'ganze Wahrheit' bekannt ist und bis ohne Angst und traumatischen Erinnerungen die Namen der Verantwortlichen der Massaker und Entführungen genannt werden können.

## Ferienland Guatemala

**Madrid, Anfang Februar.** Die Weltorganisation für Tourismus hat in ihrem Jahresbericht 1999 festgestellt, dass Zentralamerika, speziell Guatemala, die Region bzw. das Land mit dem grössten Tourismusanstieg ist. Insgesamt haben im Vergleich zum Vorjahr 23% mehr Feriengäste die Region besucht. Der Tourismus ist mit 35% die viertwichtigste Einnahmequelle Zentralamerikas.

Weltweites Tourismusland Nummer eins ist Guatemala. Insgesamt 820'000 Personen haben 1999 das Land besucht, 28,9% mehr als im Vorjahr. Eingbracht hat das dem Land rund 533 Millionen US-\$.

Präsident Portillo reicht das noch nicht. Mit der Begründung, der Tourismus floriere noch zu wenig, kündigte er

an, der guatemalteki-sche Verkehrsverein (INGUAT) werde einer Überprüfung unterzogen und wechselte als erstes dessen Direktor aus. Dem ehemaligen Verantwortlichen des INGUAT wird Korruption vorgeworfen. Zuständig für die Restrukturierung des INGUAT ist der Tourismusunternehmer Arnoldo Küstermann. Gegenüber der Presse beschrieb Küstermann seine Aufgabe als 'Regierungsbeauftragter für Tourismusentwicklung' und betonte, dass er diese Arbeit ehrenamtlich mache.

Als neuer INGUAT-Direktor wurde der Publizist Juan Callejas ernannt. Callejas Wahl erfolgte auf Vorschlag verschiedener Sektoren, u.a. der Privatwirtschaft.

Schöne Ferien allerseits!

## FRG und PAN mit internen Problemen

**Guatemala, 24. Februar.** Kaum ist die Aufregung um die Wahlen und die ausgiebig zelebrierten Amtseinzetzungen zu Ende, beginnen sich die ersten internen Differenzen sowohl in der Regierungspartei FRG wie auch in ihrer Vorgängerin, der PAN, abzuzeichnen.

Innerhalb der FRG finden die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Lagern 'Portillo' und 'Ríos Montt' statt. Portillo beschwerte sich beim Kongresspräsidenten Ríos Montt darüber, dass nach 45 Tagen Regierungszeit bereits sechs seiner MinisterInnen vor den Kongress zitiert worden seien.

Der FRG-Abgeordnete Edgar Hernán meinte, die Tatsache, der Regierungspartei anzugehören, bedeute nicht, dass die MinisterInnen nicht zur Rechenschaft gezogen werden dürften. Ausserdem sei das die logische Konsequenz davon, dass Portillo Partei-ferne Personen als MinisterInnen eingesetzt habe.

Innerhalb der PAN sieht es ganz ähnlich aus, dort verläuft die Spaltung zwischen dem ehemaligen Präsidenten

Alvaro Arzú und dem Generalsekretär der Partei, Leonel López Rodas. Hinter Arzú stehen zwanzig der Abgeordneten, hinter López Rodas fünfzehn, zwei sind unschlüssig, auf welche Seite sie sich stellen sollen.

Die Arzú-AnhängerInnen werfen López Rodas vor, innerhalb des Kongresses den Ton angeben zu wollen. Er zitierte den ehemaligen Direktor des *Friedensfonds* (FONAPAZ), Enrique Godoy, vor den Kongress. Godoy wird die Veruntreuung von Geldern des Fonds vorgeworfen. Wie schon im Skandal um das Sport- und Vergnügungszentrum 'Campo Marte' geht es auch diesmal um Gelder, die von der Internationalen Organisation für Migration (OIM) gesprochen wurden. 16 Millionen Quetzales aus diesem Fonds wurden von Godoy an die *Stiftung zur sozialen Förderung des Fussballs* (Fundesof) vergeben, in deren Leitung der Sohn Alvaro Arzús und Cousin Godoys sitzt.

Ausserdem unterstützt López Rodas die von Portillo angeordnete Über-

prüfung der Privatisierung der Telefongesellschaft Telgua (früher Guatel). Vor einigen Wochen wurde bekannt, dass beim Verkauf dieses Unternehmens, dessen damaliger Geschäftsführer der PAN-Abgeordnete Alfredo Guzmán war, der Staat auf einer Schuld von 77 Millionen US-\$ sitzenblieb, welche Guatel noch offen hatte. Diese Schuld wurde aufgenommen, um die Telefongesellschaft kurz vor dem Verkauf zu modernisieren.

Während einer parteiinternen Aussprache schlug der 'Leonelist' Alberto Loukota den 'ArzúistInnen' vor, sie könnten sich ja unabhängig erklären, wenn sie mit dem Verhalten López Rodas nicht einverstanden seien.

Ein weiterer Streitpunkt zwischen den beiden Strömungen innerhalb der PAN ist eine offene Rechnung über 4'500'000 Quetzales aus der Wahlkampagne Arzús. Verschiedene Abgeordnete weigern sich, ihre monatliche Quote an die Partei zu bezahlen mit der Begründung, sie wollten damit nicht diese Schuld begleichen helfen.

## Schülerinnen diskriminiert wegen Tragen von Tracht

**San Marcos, 17. Februar.** Drei Schülerinnen des *Instituto Básico por Cooperación* der Gemeinde Tutuapa, San Marcos, wurde der Zugang zum Schulhaus verweigert, da sie die regionale Tracht trugen. Verantwortlich für dieses Verbot ist der Direktor der Schule, Pedro Tomás Flores, der von den Mädchen verlangte, dass sie die Schuluniform tragen.

Die Massnahme widerspricht sowohl den vom Erziehungsministerium herausgegebenen Richtlinien, worin es heisst, das Tragen einer Schuluniform sei freiwillig. Ebenso widerspricht sie dem *Friedensabkommen über die Identität und Rechte der Indigenen Bevölkerung*, welches das Erlauben des Tragens der Trachten in Schulen als ein Zeichen von Respektierung der Traditionen

bezeichnet.

Bereits 1999 gab es in der Gemeinde einen ähnlichen Vorfall, der jedoch durch die Intervention des Erziehungsministeriums geregelt werden konnte.

Die Indigenaorganisation *Asociación Tutuapense Mam* rief die sozialen Gruppierungen zur Solidarität auf und bezeichnete das Verhalten der Schulbehörde als rassistisch.

## General Pérez Molina tritt zurück

**Guatemala, 20. Februar.** General Otto Pérez Molina begleitete seine Rücktrittsankündigung mit harter Kritik an der Politik Portillos. Die Unzufriedenheit Pérez Molinas wurde ausgelöst durch verschiedene Wechsel, die innerhalb des Militärs und der zivilen Regierungsposten auf Anordnung Portillos stattfanden. Er kritisierte, dass "verdiente Militärs ihre Posten linken Ex-Guerilleros überlassen mussten". Damit bezog er sich in erster Linie auf die Umstrukturierung des *Präsidentialen Generalstabes* (EMP) sowie auf die Besetzung des *Sekretariats für strategische Analysen*.

Pérez Molina selber war Chef des *Präsidentialen Generalstabes* während der Regierung Ramiro de León Carpio. Er nahm als Vertreter des Militärs an den

Friedensverhandlungen teil, war aber bekannt als Befürworter der 'militärischen Lösung'. Weiter soll er in den Drogenhandel und in verschiedene Korruptionsaffären verwickelt sein. Er wird auch beschuldigt, Massaker angeordnet zu haben.

Als Gründe für seinen Rücktritt führte Pérez Molina u.a. die Ernennung eines Oberst zum Verteidigungsminister an. Dies sei eine Verletzung der Tradition, gemäss der ein General die Führung des Militärs übernehmen müsse. Mit dieser Ernennung habe Portillo einzig beweisen wollen, dass er die Kontrolle über das Militär habe. Solches Verhalten sei typisch für unterentwickelte Länder und schwäche die Armee, schloss Pérez Molina.

### Liebe AbonnentInnen

Sie zählen zu den 82% der Fijáte-LeserInnen, die ihren Abonnementsbeitrag bereits entrichtet haben. Dafür unseren besten Dank!

Wenn Sie aber zu den Menschen gehören, die das Abo 2000 noch nicht beglichen haben, möchten wir Sie hiermit daran erinnern, dies innerhalb der nächsten Woche zu veranlassen, um auf Ihr Fijáte künftig nicht verzichten zu müssen.

Das Fijáte-Team rechnet mit Ihrer Solidarität und verbleibt mit freundlichen Grüssen.